

Bezugspreis:

Wochenschrift 1,50. — M. monatlich 50. — M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

SW NO Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 3. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Pfingstpause im Morgan-Komitee.

Das Morgan-Komitee hat seine Beratungen bis Mittwoch kommender Woche vertagt. ...

Poincaré und die Anleihe.

In der gestrigen Fortsetzung der Kammerdebatte erklärte Poincaré, indem er Ausführungen des Linksrepublikaners Herriot unterbrach: ...

Die Eisenbahnerprozesse.

Aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Berlin allein sind 64 unfähig Angestellte wegen des Eisenbahnerstreiks vom Februaransfang in Disziplinaruntersuchung gezogen. ...

Es sind zu allermeist Ältere, an Eisenbahndienstjahren reiche Funktionäre derjenigen Beamtenverbände, die sich zur Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner zusammengeschlossen haben. ...

Nun findet die Potsdamer Kammer in ständiger Rechtsprechung die Merkmale der hervorragenden Tätigkeit schon in der Eigenschaft, Vorstandsmitglied eines der Unterverbände der „Reichsgewerkschaft“ zu sein. ...

die Leitung einer Postfiliale übernahm, die die Solidarität unter den Völkern bestimmt herstelle. ...

London, 2. Juni. (EP.) Der Abg. Clynnes (Arbeiterpartei) richtete an die englische Presse folgende Zuschrift: ...

Gold gegen Anschluss.

Paris, 2. Juni. (ZU.) Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten befragte den von der französischen Regierung geforderten Kredit von 56 Millionen Frank für Oesterreich als Einleitung zu der vom Völkerbund empfohlenen Aktion zur Sanierung der österreichischen Finanzen. ...

Bei der außerordentlich großen Bedeutung gerade eines Eisenbahnerstreiks, wie des Streiks in lebenswichtigen Betrieben überhaupt, läßt sich gewiß für jede der entgegengelegten Meinungen vieles anführen. ...

Es ist auch für den Beobachter — wie erst für die Betroffenen! — schmerzlich, daß so lange nach dem halbvergessenen Streik ihm noch zahlreiche Sühneopfer gebracht werden. ...

Wer die Potsdamer Verhandlungen mit angesehen, der muß fordern, daß diese Rachejustiz eingestellt werde, die kaum gemildert ist durch die Zuerkennung von 3/4 der Pension auf ein Jahr und die selbst dort, wo sie nur auf Strafverhütung erkannt, Minderung des Einkommens hinzusetzt.

Deutschlands Wirtschaftssorgen.

Eine Rede Roberts Schmidts.

Dresden, 2. Juni. (ZVB.) Aus Anlaß der Eröffnung der Ersten Jahreschau deutscher Arbeit fand gestern abend im Rathaus ein Empfang statt, zu dem die sächsischen Minister, Reichswirtschaftsminister Schmidt und zahlreiche Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, Künstler und Ehrengäste, sowie Vertreter auswärtiger Staaten erschienen waren. ...

Die Wiener Kommunisten haben Wahsenthaltung bei der Wahl des Kreisarbeiterrats beschlossen und „begründen“ dies mit sozialdemokratischem Terror. ...

Zurück zur Partei!

Zu Karl Kautskys Bekenntnisschrift.

Kautskys Bekenntnisschrift „Mein Verhältnis zur USP“, deren Schlußkapitel wir hier wiedergaben, wird demnächst im Buchhandel erscheinen. ...

Das treibende Element dieser Bewegungen bildeten die Kommunisten, die damals im „Spartakusbund“ organisiert waren, die Parteiposition aber als ihr „schützendes Dach“ betrachteten. ...

Und so kam denn die Katastrophe, kam der Spaltungstag von Gotha. Ursprünglich sollte die Gothaer Konferenz nicht der Gründung einer neuen Partei, sondern nur dem festeren Zusammenschluß der Opposition dienen. ...

Ich war nicht sehr begeistert davon, daß man die größten Anstrengungen gemacht hatte, die Spartakisten zu dieser Tagung heranzuziehen, die alle Rechte eines Genossen von uns beanspruchten, ohne irgendeine der Pflichten eines solchen uns gegenüber auf sich zu nehmen. ...

Schon in Gotha selbst empfand ich ihren Einfluß auf unsere Beschlüsse sehr unangenehm. Die Konferenz war einberufen worden als eine der Opposition innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. ...

Vergebens sprachen Eisner, Bernstein und ich gegen diesen Vorschlag, der die offene Spaltung mit ihren verhängnisvollen Konsequenzen bedeutete. ...

Nachdem es so den Kommunisten gelungen war, die einst auf ihre unerschütterliche Einigkeit so stolze Sozialdemokratische Partei zu zerschlagen, begannen sie in dem abgetrennten Teil, der neugegründeten USP, den rücksichtslosesten Kampf um die Macht. ...

Unsere Partei bot damals einen grotesken Anblick, wie vielleicht noch keine andere Partei in der Weltgeschichte. ...

Die verhängnisvolle Schwäche gegenüber den Kommunisten blieb das unselbige Erbtteil der neuen Partei. ...

Seider hat sich die „Freiheit“ zu Kautskys Behauptung über das „Leipziger Aktionsprogramm“ bisher noch nicht ge-

Außer. Auch unsere wiederholten Bemühungen, sie hierüber zu einem klaren Bekenntnis zu bringen, blieben ergebnislos. Wir können aber jetzt schon sagen: Sollte sich die „Freiheit“ schließlich notgedrungen für das „Leipziger Aktionsprogramm“ erklären, so wäre das ein leeres Lippenbekenntnis, das seinen Urheber keine Ehre machen würde. Es würde nichts ändern an der Tatsache, daß die gesamte Politik der U.S.P. seit der Spaltung von Halle nicht die geringsten Ansätze gezeigt hat, dieses Programm zu propagieren, geschweige denn es zu verwirklichen.

Und das ist nur selbstverständlich. Denn das „Leipziger Aktionsprogramm“ ist rein kommunistisch. Mit einem kommunistischen Programm in der Hand kann man aber nicht die Kommunisten bekämpfen, wie das die U.S.P. um des lieben Lebens willen täglich zu tun gezwungen ist.

Kautsky tadelt die Schwäche Hilferdings und seiner näheren Freunde, die stets dem offenen grundsätzlichen Kampf aus dem Wege gingen. So auch auf dem U.S.P.-Parteitag in Leipzig:

Die schärfsten Gegensätze kamen dort zusammen, prallten aber nicht offen aufeinander. Die Vertreter der Opposition begnügten sich damit, im stillen Kämmerlein der Kommission dahin zu wirken, daß das Manifest des Kongresses eine Fassung erhielt, die ihnen gefaltete, es in ihrem Sinne auszufügen.

Damit war der Konflikt natürlich nicht aus der Welt geschafft, wohl aber der Masse der Parteigenossen der falsche Schein beigebracht, daß die ganze Partei einmütig hinter der Parteileitung stehe, und damit die Position der Opposition erheblich verschlechtert.

Wie der einstimmigen Annahme des Leipziger Aktionsprogramms von 1919 der Krach von Halle, folgte der einstimmigen Annahme des Manifestes schon wenige Wochen darauf der Krach in der Redaktion der „Freiheit“.

Aber was bei offenem Auftreten in Leipzig ein Kampf um eine große Sache geworden wäre, nahm nun die kleinliche Form eines persönlichen Konfliktes zwischen der Parteileitung und einigen Redakteuren an, eines Konfliktes, den die Masse der Genossen angesichts der vorherigen Einstimmigkeit nicht verstand.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, kommt Kautsky zu jenen Schlussfolgerungen, die hier schon wörtlich wiedergegeben wurden: Die Kommunisten haben die Partei verlassen, nur noch der kommunistische Einschlag in der U.S.P. hindert den Zusammenschluß. Die Partei der Unabhängigen könne durch ihre von der Sozialdemokratischen Partei getrennte Existenz nur noch Schaden, nicht mehr nützen.

Die „Freiheit“, die den Inhalt von Kautskys Abhandlung ihren Lesern immer noch vorenthält, meinte neulich so obenhin, Kautsky vertritt in ihr seine „schon bekannten“ Anschauungen. Es ist für sie also nichts Unbekanntes und Außerordentliches, wenn ein hervorragendes Mitglied der U.S.P. erklärt, diese Partei habe ihre Existenzberechtigung verloren, ihr Fortbestehen bedeute nur noch eine Schädigung der Arbeiterinteressen. Haben die jetzigen Redakteure der „Freiheit“ solche Neußerungen im internen Parteikreis schon so oft gehört, daß sie für sie gar nichts Ungewohntes mehr darstellen? Wäre das der Fall, dann würde der „groteste Unfug“, den die U.S.P. vor drei Jahren bot, durch den gegenwärtigen noch weit übertrifft.

In der Deffenlichkeit steht der rückwärtslose Bekenner mit Kautskys immer noch vereinzelt da, und doch ist solcher Bekennermut das erste und wenigste, was das Proletariat von seinen Vertretern zu verlangen berechtigt ist. Es ist der Stolz jedes echten Sozialdemokraten. Es ist ein Abweichen von der guten alten Parteilinie, wenn sich manche Sozialdemokraten, sogar „unabhängige Sozialdemokraten“, nach dem Rephistro-Wort richten:

Das Beste, was du wissen kannst,
Darfst du den Jungen doch nicht sagen.

Rückkehr zur guten alten Parteilinie, offenes Aussprechen dessen, was ist, wird die alte einige Partei wieder herstellen! „Die Partei!“ Es gab eine Zeit, wo wir Sozial-

demokraten nur von „der Partei“ sprachen, es war ganz selbstverständlich, welche man meinte, und es war ebenso selbstverständlich, daß man für „die Partei“ seine Haut zu Markte trug. Jeder hielt es für seine Pflicht, seine Meinung offen zum Ausdruck zu bringen, man stritt leidenschaftlich erhit, aber „die Partei“ zu zertrümmern, das galt für jeden als ein unausdenkbares Verbrechen.

Die Arbeiterbewegung wird nicht gesund, solange das nicht wieder wird!

Deutschnationale und Rechtspflege.

Ein Vorwurf der bewußten Parteilichkeit.

Sobald in der sozialdemokratischen Presse an der politischen Feindschaft geübt wird, bricht die deutschnationale Presse in ein Zetergeschrei aus und beschuldigt uns, die „letzte rogende Säule einer festgesetzten Staatsordnung“ zu unterminieren. Wir haben schon hier darauf hingewiesen, daß die Rechtspresse selber gar nicht zimperlich in der Kritik ist und viel schärfere Urteile über die Justiz fällt, wenn ihr irgend etwas nicht paßt. Dafür können wir heute ein besonders markantes Beispiel bringen.

Der Redakteur Hübner der deutschnationalen „Hamburger Nachrichten“ hat in seinem Blatt dem Hamburger Generalstaatsanwalt vorgeworfen, daß er aus politischen Gründen die Einleitung eines Strafverfahrens gegen das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ abgelehnt habe. Hübner wurde am 2. Juni wegen dieser Beleidigung des Generalstaatsanwalts zu 10 000 M. Geldstrafe verurteilt. Zur näheren Erklärung der Sache sei bemerkt, daß wegen der Befehle des Postens des Generalstaatsanwalts heftige Differenzen in Hamburg zwischen der sozialistischen Mehrheit und der Reaktion ausgebrochen waren. Weil die Sache nicht zu ihren Gunsten ausliefe, ging nun die Rechtspresse los mit dem größten Geschrei gegen den Generalstaatsanwalt vor.

Und das sind die Leute, die uns die Kritik an der Rechtspflege als totwüdriges Verbrechen ankreiden wollen!

Dech!

Die Lüburger Rede des Generals v. Deimling hat bekanntlich die „Kreuz-Zeitung“ zu dem Geständnis veranlaßt, es habe noch kein Bernünftiger und Sachkennner behauptet, daß der Dolchstoß allein unsere Katastrophe herbeigeführt hätte. Nun aber muß gerade die der „Kreuz-Zeitung“ nahe verwandte „Deutsche Zeitung“ folgendes schreiben:

Wenn der Herr General v. Deimling einmal den Revolutionskalendar durchliest, wird er erkennen, daß das deutsche Heer planmäßig von hinten erdolcht wurde, und wenn er sich einmal mit Frontkämpfern darüber unterhält, wird er noch mehr zu hören bekommen.

Womit die „Deutsche Zeitung“ nach dem Urteil ihres Geschwisterblattes sich selbst aus der Reihe der Bernünftigen und Sachkennner streicht!

Weltanschauung zum Auswechself.

Herr Rahr hat in München eine Rede gehalten, in der er ausführte, daß um die Seele des deutschen Volkes jetzt zwei Weltanschauungen, die christlich-germanische und die jüdisch-materialistische, in unversöhnlichem Kampf begriffen seien. Diese Wendung erinnert einigermaßen an Worte, die wir früher einmal gehört haben. Während des Krieges hielt nämlich Wilhelm der Ehemalige eine Rede, in der er als den Sinn des Krieges den Entscheidungskampf zwischen der deutsch-idealistischen und der englisch-materialistischen Weltanschauung bezeichnete. Rahr hat sich also an das Wilhelmische Schema gehalten, nur bei der Vertretung des Materialismus die Engländer gegen die Juden ausgetauscht. Das Verfahren ist probat und noch sehr ausdehnungsfähig. Verwundern muß freilich, daß ethnologisch die Engländer und die Deutschen enge Stammesverwandte sind, während man nach der Rahr-Wilhelmischen Auswechselfmethode leicht zu dem Trugschluß kommen könnte, daß die Engländer und die Juden so ziemlich eines Ursprungs seien. Was aber wohl nächstens sowieso ein teutscher Kaffeetheoretiker beweisen wird.

Gefühlsparade.

Es läßt sich kaum etwas Feinlicheres vorstellen, als daß Menschen ihr innerlichstes Gefühlleben öffentlich zur Schau stellen. Jedes überflüssige Wort in einer Familienanzeige etwa, das über die rein sachliche Mitteilung hinausgeht, mutet wie eine feilsche Indiskretion an; und erträglich bleibt es nur dort, wo noch naives Vergnügen an schmückender Einleitung von Freud und Leid sich unbekümmert kundtut. Weicht man jedoch erst die absichtsvolle Aufdringlichkeit, so wird man aufs tiefste verstimmt. . . . Befreiung, Erlösung aus einem Uebermaß gefühlsmäßigen Erlebens ist nur durch das Medium künstlerischer Formung und Umformung möglich. Denn hier wird aus dem Persönlichen, Vereinzelten, Gleichgültigen ein Unpersönliches, Allgemeingültiges — ein Symbol. Nur der Künstler hat das Recht, sein innerlichstes Gefühlleben der Welt zu offenbaren, weil er es nicht ausstellt, sondern aus sich heraus stellt.

Das Kronprinzenbuch darf man für nichts weniger als für ein Kunstwerk nehmen. Es ist vielmehr ein rein persönliches Bekenntnis, reichziert durch einen schriftstellerischen „Gadmann“, dessen „ordnender Hand“ der Leser allenthalben begegnet. Besonders unympathisch wird es dabei gerade durch die raffinierte Gefühlsweise, die auf die Tränenrösten der Kritiklosigkeit spekuliert. Bei jedem Einschnitt in den temperamento-einseitigen Auseinandersetzungen mit den Zeitereignissen wird dem Leser eine Stimmungspille verabfolgt. Ein Klischeefossil, das die Wieringer Landtschaft, irgendein kronprinzliches Familienbild oder eine Zeremonie über die Einsamkeit zum Gegenstand hat, wird geschickt zwischen geschoben. Soweit diese Einlagen, die einen ganz bestimmten, sentimentalen Zweck verfolgen, bloß nichtsagend sind, mag es noch angehen. Wenn aber dann beim Tode der Kaiserin das natürliche innige Verhältnis höchster Blutsverwandtschaft mit laudlicher Deutlichkeit zur Schau gestellt wird, muß jeden einigermaßen geschmackvollen Leser ein tiefes Unbehagen erpacken. Und man fragt sich, ob denn die natürlichste Schamhaftigkeit den Kronprinzenlichen Bekennern nicht doch bewahren konnte, sein allerpersönlichstes Erleben in das literarische Kompagniegeschäft mit Herrn Rosner einzubringen. Feinlichstes Schauspiel, diese neueste hochkonzentrierte Darstellung einer — Gefühlsparade, auf die freilich jene, die niemals alle werden, ebenso prompt und kindlich hereinfallen dürften, wie einst auf den nichtig-trügerischen Glanz der militärischen Kaiserparaden.

C. F. B. Dehl.

Herr Rahr hat in seiner Rede weiter gesagt, wenn er noch einmal ausruhen könnte „Vivat Ruppertus Rex!“ („Es lebe König Ruppert!“), dann wolle er gern sagen: „Nun, Herr, laß deinen Diener in Frieden fahren.“ — Herr Rahr ist seit dem Ende seiner Ministerherrlichkeit Regierungspräsident im Lande Bayern, das sich noch immer Freistaat nennt. Es ist wenigstens anerkanntswert, daß er als solcher die Reste der Heuchelei verschmäht, die er als Ministerpräsident vorzubinden liebte, wo er sich als einen Mann des Ausgleichs bezeichnen. Ein rediorabltaler Heher durchschnittlichster und übelster Art!

Die Umgefallenen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat infolge unserer Feststellung, daß sie in der Frage des deutschnationalen Mißtrauensantrages glänzend umgefallen ist, einen kleinen Lobhansanfall ertitten. Daß sie dabei etwas in den Stalljargon gerät, können wir dem „unabhängigen Blatt der deutschen Landwirtschaft“ nicht weiter übernehmen. Sachlich interessant ist nur die Mitteilung, daß sich Herr Boeder im Uraus befindet — oder hat man ihn dort hin geschickt? Jedenfalls stellt sich nun die Sache so dar, daß in Abwesenheit des Herrn Boeder die übrige Redaktion schleunigst zu Kreuze getrocken ist.

Auffällige Agrarier.

Die Aufforderung des Reichslandbundes, den Behörden gegenüber alle Angaben über Anbaufläche für Getreide zu verweigern, hat draußen im Lande Anklang gefunden. So nahm der Kreisbauernverein Hersfeld nach einer Rede des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Lind eine Resolution an, in der nicht nur der Dieserstreik gegen die Umlage angekündigt wird, sondern den Mitgliedern direkt verboten wird, irgendwelche Angaben über die Anbaufläche zu machen. Ferner wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß behördliche Anfragen jeder Art und Herkunft an den Kreisbauernverein verworfen werden müssen, daß Einzelangaben nicht gemacht werden sollen. Man weigert sich also auch den Landräten, Bürgermeistern und Finanzräten gegenüber die zur Wahrnehmung ihrer Amtspflicht notwendigen Mitteilungen zu machen.

Das ist offene Aufforderung zum Ungehorsam. Der Landrat von Hersfeld, Genosse v. Harnack, hat versucht, die führenden Mitglieder des Kreisbauernvereins zur Zurücknahme ihrer Aufforderung zu veranlassen. Damit kam er aber bei den Agrariern schlecht an. Er erklärt daher jetzt eine dringende Warnung vor weiteren Schritten auf diesem Wege und macht auf die strafrechtlichen Folgen dieser Propaganda aufmerksam.

Wir zweifeln, daß er mit seinem Aufruf Erfolg haben wird, wenn nicht die Staatsanwaltschaft ihrerseits, der doch die durch die Presse veröffentlichten Vorkommnisse nicht unbekannt sein können, entzünden zugreift und die Autorität des Staates gegen derartige Uebergreife schützt. Oder sind auffällige Agrarier für den Staatsanwalt auch unauffindbar?

Verkehrsstreik in Hamburg.

Hamburg, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Hamburger Verkehrsarbeiter treten am Sonnabend, den 3. Juni, morgens in den Streik. Grund sind Lohndifferenzen. Die Straßenbahnfahrer hatten eine Teuerungszulage von 7,50 M. pro Stunde verlangt, ein Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses Hamburg hatte ihnen jedoch nur 1,50 M. pro Stunde zugebilligt. Dieser Schiedspruch wurde von den Hamburger Verkehrsarbeitern in Urabstimmung am Freitag mit großer Mehrheit abgelehnt. In den späten Abendstunden fanden unter Vermittlung der Gewerkschaft und des Senats Verhandlungen statt, die jedoch scheiterten.

Die Not der „Zeit“.

Der frühere preussische Gesandte in Dresden, Herr v. Berger, scheidet, wie die Dena hört, am 1. Juli aus der Redaktion und dem Verlage der „Zeit“ aus. Die zwischen dem Verlage und der Redaktion der „Zeit“ bestehenden Differenzen sind damit gelöst. Heinrich Rippler verbleibt als Chefredakteur der „Zeit“. Das Blatt selber wird vom 1. Juli ab nur als eine erweiterte Abendausgabe erscheinen.

Volksbühne und Große Volksoper.

Volksbühne und Große Volksoper sind nicht mit einander identisch. Es handelt sich um zwei völlig selbstständig nebeneinander stehende Vereinigungen, wenn auch freundschaftliche Beziehungen angeknüpft sind.

Die Volksbühne ist aufgebaut als Verein, in dem jeder gegen Entrichtung eines geringen Einschreibegeldes Aufnahme finden kann. Die Mitgliedschaft verpflichtet zu keinerlei Kapitalzahlung. Die Mitglieder haben lediglich ihre von Fortsetzung zu Vorstellung fälligen, für alle Plätze einheitlichen Beiträge an den Verein zu zahlen. Sie erhalten dafür Schauspiel- und in geringerem Maße auch Opernvorstellungen. Diese finden in verschiedenen gepachteten Theatern Berlins statt, sowie vor allem in den vom Verein selbst bewirtschafteten Theatern. Dies sind zurzeit die Volksbühne am Bülowplatz und das Neue Volkstheater. Im Herbst wird dann noch die Volksbühne am Königsplatz hinzutreten, d. h. die ehemalige, jetzt im Umbau befindliche Kroll-Oper, die der Verein Volksbühne für 25 Jahre vom preussischen Staat gepachtet hat, und in der nach ihrer Fertigstellung im Herbst des Jahres durch die künstlerischen Kräfte der beiden Staatstheater „Schweffeld Opern“ und Schauspielvorstellungen stattfinden werden. Um den Umbau der Kroll-Oper zu finanzieren, gibt der Verein Volksbühne Teilschuldverschreibungen aus von 50 bis 300 M., die fest mit 5 Proz. verzinst und binnen 25 Jahren ausgelöst und zurückgezahlt werden. Wie kein Mitglied zur Abnahme derartiger Teilschuldverschreibungen verpflichtet ist, so gewährt ihr Besitz innerhalb des Vereins keinerlei Vorrechte beim Besuch der Vorstellungen oder dergleichen.

Die Große Volksoper ist kein Verein, sondern eine gemeinnützige Aktiengesellschaft. Gesellschaftler können hier nur diejenigen werden, die mindestens eine Aktie im Betrage von 1000 Mark zeichnen. Die Aktien werden nicht fest verzinst, sie bringen ihren Besitzern nur in dem Maße Einkünfte, wie die Gesellschaft Ueberschüsse erwirtschaftet. Werden solche erzielt, ist die Verzinsung auf eine Höchstgrenze von 5 Proz. beschränkt. Besondere „Beiträge“ haben die Aktionäre der Gesellschaft nicht zu zahlen; sie erhalten aber auch keine festen Vorstellungen; der Besitz der Aktie berechtigt sie nur dazu, die Veranstaltungen der Gesellschaft zu ermäßigten Preisen zu besuchen. Mit dem Umbau der ehemaligen Kroll-Oper hat die Große Volksoper nichts zu tun. Sie wird aber von nächster Spielzeit an im Theater des Westens einen ständigen eigenen Opernbetrieb eröffnen. Die Aktionäre können dort Abonnements bestellen, bei denen sie nur zwei Drittel der Kassenpreise zu bezahlen brauchen.

Es zeigt sich also, daß es sich bei Volksbühne und Großer Volksoper nicht um zwei selbständige, sondern auch ganz anders aufgebaute und an verschiedener Stelle wirkende Unternehmungen handelt. Es wurde aber auch bereits gesagt, daß gewisse Beziehungen angeknüpft sind. So hat die Große Volksoper aus ihrem bereits recht beträchtlichen Aktienkapital dem Verein Volksbühne ein Darlehen für den Umbau der ehemaligen Kroll-Oper gegeben. Der Verein hat ihr dafür zugestanden, daß ihre Aktionäre bei den Opernvorstellungen in der Kroll-Oper jeweils 125 Plätze zugewiesen

Creabour-Stand. Der Italiener de Muro erlitt gestern im Staatsopernhaus ein regelrechtes Fiasko, das ihm und uns wohl den Rodames in der Aida eriparen wird. Das Publikum war im höchsten Grade unmußig und das mit Recht, denn ein Meisterstreich mit Valutapreisen ist de Muro sicher nicht. Wer trägt die Verantwortung für dieses Gaskspiel? Italien birgt sicher in jeder Provinzstadt Sänglinge mit solchen und besseren edleren Stimmen. Das Organ ist zwar groß und ausladend, aber schneidend hart, starr; die stehhafte Höhe erster Tenore wird zwar erreicht, aber durch Schrei vergrößert. Der Mensch de Muro läßt eifrig salt. Er scheint nur auf eine Stretta und den hohen Ton zu warten, alles andere interessiert ihn nicht. Lange, lange Sekunden findet er den Text nicht, es stotzt Dechster, Solist, Dirigent. In den wenigen Augenblicken innerer Belebung agiert eine feste Figur mit Charnieren und Orienten. Rein: das ist kein Meisterstreich. Was wirklich Schöngesang ist, das zeigt Schinus in der großen Liebesarie des zweiten Aktes. Deutsche Sangeskunst in ihrer vorbildlichen Reinheit hatte den italienischen Halbgesang geschlagen. Unter des Gastes nervösen Anstrengungen litt die Gesamtauführung. R. S.

Biozoologie — eine neue Wissenschaft. Der innige Zusammenhang, der zwischen Tier und Pflanze und dem von ihnen bewohnten Boden besteht, ist erst in allerlehter Zeit zum Gegenstand eingehender Forschung gemacht worden, und es ist so eine neue Wissenschaft entstanden, die „Biozoologie“ oder die „Biogenetik“, von der Walter Zimmermann in den „Sozialistischen Monatsheften“ erzählt. Die Grundlagen dieses neuen Gebietes bilden die Pflanzen- und Tiergeographie, von denen die erstere schon auf eine längere Geschichte zurückblickt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat man durch Standortuntersuchungen und Kulturversuche sehr interessante Zusammenhänge zwischen Bau- und Lebensgewohnheiten der Pflanzen festgestellt. So die Tatsache, daß die Pflanzen trockener Gegenden durch Haare, dicke Haut, geringe Blatgröße und dergleichen weit besser gegen Wasserverlust geschützt sind als solche, die feuchtigkeits lieben. Die Tiergeographie ist sehr viel jünger, und man hat bisher nur für einzelne Tiergruppen, z. B. die frei im Meer schwimmenden Plantonorganismen, den Zusammenhang mit ihrer natürlichen Umgebung festgestellt. Die Biozoologie faßt die natürlichen Lebensgemeinschaften, in denen sich Tiere und Pflanzen zusammenfinden, als geschlossene Organismen auf, und sie ist im letzten Jahrzehnt von schweizerischen, schwedischen und nordamerikanischen Botanikern sehr gefördert worden. Ramentlich wurde die schwedische Universität Upsala zum Mittelpunkt dieser Studien, und der Schöpfer der neuen Wissenschaft, Rutger Sernander, hat eine ganze Schule gegründet. Er hat die Beziehung der „Amelienpflanzen“ eingeführt, indem er das Zusammenleben zwischen Ameisen und Pflanzen erforschte. Die „Amelienpflanzen“, wie z. B. Weiden und Wollmisch, haben Samenanhänge, die von den Ameisen als Leckerbissen geschätzt werden und so zur Samenverbreitung dienen. Seine Schüler haben größere und kleinere Pflanzenkloster eingehend untersucht und nachgewiesen, daß die Verbreitung der einzelnen Pflanzen in einem natürlichen Bestand, also auf einer Wiese oder in einem Wald, nach inneren Gesetzen streng geregelt ist. Diese verschiedenartigen Bestände sind begrifflich wie räumlich scharf voneinander getrennt.

Poincarés Rückzugskanonade.

Die Kammer des Nationalen Blocks hat wieder einen ihrer großen Tage erlebt, als ihr Ministerpräsident Poincaré auf die Interpellationen über die auswärtige Politik Frankreichs mit einer mehrstündigen Rede antwortete, die ganz der Geistesverfassung des reaktionärsten aller französischen Parlamente seit hundert Jahren entspricht. Schon in den vorangegangenen Sitzungen hatte sich die Mehrheit gehörig ausgetobt, indem sie zwei bürgerliche Abgeordnete, Marc Sangnier und Albert Fabre, die einer verständlichen Politik das Wort zu reden versucht hatten, niederbrüllte, die Brandreden von Daudets und Maurice Barrés dagegen mit frenetischem Beifall ausnahm.

Was der französische Ministerpräsident über die Konferenz von Genua ausführte, war relativ gemäßig und ziemlich belanglos; interessanter waren seine übrigens recht unklaren Wendungen über die kommende Haager Konferenz. Einer politischen Konferenz wird Frankreich fernbleiben, eine reine Sachverständigenkonferenz wird es unter Umständen beschließen, behält sich aber volle Handlungsfreiheit vor. „Handlungsfreiheit“ heißt in diesem Falle Sabotagefreiheit. Poincaré stützt sich dabei besonders auf die ablehnende Haltung der Vereinigten Staaten und spekuliert auf die gemeinsame Abneigung gegen jedes Paktieren mit der Sowjetregierung, um die im Lande Hardings stark gelenkten Sympathien für Frankreich wieder etwas zu heben. Die Rechnung ist nicht ungeschickt, aber ihr Erfolg wird durch den zweiten Teil seiner Rede beeinträchtigt, in dem er das Verhältnis zu Deutschland bespricht und den Standpunkt Frankreichs in der Sanktionsfrage entwickelt.

Dieser Teil der Rede ist nichts als eine verschärfte Neuauflage von Bayle-Luc und dürfte großes Aufsehen in der ganzen Welt hervorrufen, zumal er eine direkte Antwort auf die bei aller Vorsicht und Zurückhaltung diametral entgegengesetzten letzten Ausführungen von Blond George im Unterhaus bedeutet. Poincarés Rede beweist, daß die geistige Richtung des offiziellen Frankreichs auch nach Genua sich nicht um Haarsbreite geändert hat. Was er über „Haß“ und „Reue“ sagte, bedeutet sogar eine Verschärfung gegenüber der vorangegangenen Zeit. Indessen beunruhigt uns das nicht übermäßig, weil wir wissen, daß die Geistesentwicklung des französischen Volkes eine umgekehrte ist, wie es noch jüngst die Ergebnisse der Generalratswahlen mit aller nötigen Klarheit bewiesen haben.

Poincaré hat die alten Register von Schuld, Sühne und Reue wieder ausgezogen, die man zu hören nachgerade gewöhnt ist, und deren man selbst in Frankreich überdrüssig zu werden beginnt, von den anderen Ländern ganz zu schweigen. Wenn ein anderer Politiker diese Fragen berührt, siehe sich darüber sachlich debattieren. Mit Herrn Poincaré-la-Guerre, wie ihn ein großer Teil des französischen Volkes nennt, mit „Kaiser Poincaré“, wie man ihn jüngst in Anstehenden englischen Blättern getauft hat, diskutieren wir nicht über Schuld, Sühne und Reue.

Im übrigen kann diese neue Brandrede Poincarés die Taffache nicht aus der Welt schaffen, daß die positiven Ergebnisse seiner Politik genau das Gegenteil dessen sind, was er mit viel Hochmut und Lärm angekündigt hatte:

Er wollte Genua verhindern und es ist ihm nicht gelungen.

Er wollte einmarschieren und er wird es nicht wagen.

Er wollte die „spritte Durchführung“ des Londoner Ultimatus und er muß dem Moratorium der Reparationskommission seine Zustimmung geben.

Bei einer näheren Betrachtung der Dinge muß man in diesem scheinbar furchtbaren Sturmangriff lediglich eine Rückzugskanonade erblicken.

Die Kämpfe in Belfort haben in den letzten Tagen ihren Höhepunkt erreicht. Zahlreiche Tote, zwei Straßen niedergebrannt, Hunderte obdachlos — das sind die traurigen Ergebnisse des uralten, trotz oder wegen der Autonomie neuzeitlichen Habers.

Politische Fragen im Unterricht. Eine ministerielle Entscheidung, der prinzipielle Bedeutung zukommt, hat, wie die P.P.N. hören, der preussische Minister Boelitz gefaßt. Anlaß dazu gab eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Berliner sozialdemokratischen Studientrat Dr. Erich Witte und dem Provinzialschuldkollegium über die Art der staatsbürgerlichen Belehrung der Schüler. Dr. Witte unterbreitete die Angelegenheit dem Ministerium, daß seine Entscheidung in Anbetracht ihrer Wichtigkeit auch allen Mitgliedern des Berliner Provinzialschuldkollegiums in Abschrift zustellte. Kultusminister Boelitz gibt Dr. Witte darin recht, daß das Verbot parteipolitischer Beeinflussung der Schüler im Unterricht den Lehrer nicht hindern soll, auch politische Probleme mit den Schülern zu besprechen. „Es kommt ausschlaggebend darauf an, daß der Lehrer den politischen Gegenstand als Problem behandelt, den Schülern die verschiedenen Seiten des Problems unparteiisch vorführt und sie mit allen beachtlichen Antworten und Lösungen bekanntmacht, nicht nur — das wäre parteipolitische Beeinflussung — mit seinen eigenen Werturteilen.“

Minister Boelitz gab Dr. Witte auch darin recht, daß der Artikel 148 der Reichsverfassung, wonach der Unterricht „im Geiste der Völkerverständigung“ zu erteilen ist, bereits heute „geltendes Recht“ sei.

Der drahtlose Film. Die Begeisterung für die drahtlose Telephonie, die gegenwärtig in Amerika herrscht, hat dort auch das Problem des drahtlosen Films neu belebt. Die Möglichkeit, Filmaufnahmen durch den Wetter so rasch zu übertragen, daß ein Vorgang fast zur gleichen Zeit, wo er sich abspielt, auf der Filmmembran vorgeführt werden kann, rückt in immer greifbarere Nähe. Die Grundlage für die Ausgestaltung des drahtlosen Films wird die Fernphotographie bieten, die bekanntlich ihre Hauptentwicklung dem Charlottenburger Gelehrten Prof. Arthur Korn verdankt. Korn hat jüngst in Italien sein Verfahren mit dem günstigsten Erfolge vorgeführt, indem er Photographien auf drahtlosem Wege sowohl auf Schiffe auf dem hohen Meer, als auch nach Kasow übertrug. Die Kornsche Fernphotographie soll nun auch nach den Mitteilungen amerikanischer Blätter für den Film ausgenutzt werden. So erklärte der Präsident der Gesellschaft der amerikanischen Kinetographen L. C. Porter, daß von der Übertragung einer Photographie auf drahtlosem Wege bis zur Uebermittlung ganzer photographischer Filmbänder auf weite Entfernungen nur ein Schritt sei. Der drahtlose Film beruht auf denselben Grundlagen wie die Fernphotographie, die darin besteht, daß Lichtwellen in Hochfrequenzströmungen oder drahtlose Wellen umgewandelt und nach der Uebertragung wieder in Lichtwellen zurückverwandelt werden. Die praktische Einführung der drahtlosen Filmphotographie soll nahe bevorstehen.

Die Wahlkennung der Akademie der Künste ist an den selben Wahltagen von 10 bis 5 Uhr zu dem ernährten Eintrittspfeil von 5 M. zugänglich.

Im Theater des Westens beginnt am 12. Juni unter der Leitung von Herrn ein Operettengastspiel. Eröffnet wird es mit einem musikalischen Schmaus von Paul Wink mit Trude Oesterberg in der Hauptrolle.

Am 100. Todestage G. L. A. Hoffmanns veranstaltet die Gesellschaft „Der Feuerleiter“ am 11. Juni eine Gedächtnis-Messe im Theater „Die Tribüne“. Rede: Heinrich Eduard Jacob. Regitation: Reinhard Raub.

Der Fall Henri Fabre.

Mit dem vom Moskauer Exekutivkomitee beschlossenen Ausschluß des Herausgebers des „Journal du Peuple“ Henri Fabre aus der R.P. Frankreichs, beschäftigt sich Thalheimer in einem Leitartikel der „Roten Fahne“ über die Lage der französischen Kommunistenpartei. Damit erfahren die Leser des Zentralorgans der R.P. manches über die Zerfallserscheinungen der R.P. Frankreichs, was ihnen bisher sorgfältig verschwiegen wurde, was aber den Lesern des „Vorwärts“ längst bekannt ist.

Das neue Opfer der Moskauer Quislinie ist an sich ein recht wenig interessantes Individuum. Das von ihm herausgegebene Blatt „Journal du Peuple“ wird notorisch von höchst trübentapitalistischen Quellen gespeist. Es war das Instrument etlicher finanzieller Interessentengruppen, für die es, nach der Art der Pariser Boulevardpresse, die „publicité financière“ ganz ungeniert besorgte. Bezeichnend ist aber, daß das Blatt vor der Spaltung von Tours das Sprachrohr aller Vorkämpfer des Anschlusses an Moskau war, zu einer Zeit, wo sich die Anhänger der Dritten Internationale über ihre kriegsmütterliche Behandlung durch die von Sachin geleitete „humanité“ beklagten. Das „Journal du Peuple“ zählte damals die Portot, Boris Souvarine und Kappoport zu ihren eifrigsten Mitarbeitern. Und Fabre selbst, ein höchst unklarer Kopf, der zugleich für den Linksbund und für den Bolschewismus schwärmte, der zugleich den Verfall der Vertrag begrüßte und den Ausschluß der „Sozialpatrioten“ verlangte, überschlug sich in gehässigen Angriffen gegen die Amsterdamer Leitung des französischen Gewerkschaftsbundes.

Nach nun nach der Spaltung von Tours die Kommunisten unbeschränkte Beherrscher der „humanité“ wurden, da brauchten sie das „Journal du Peuple“ nicht mehr. Dieses wurde nun das Sprachrohr aller derjenigen, die entgegen allen 21 Bedingungen das Recht auf eine eigene Meinung auch Moskau gegenüber nicht aufgeben wollten. Daher der Ullas der Dritten Internationale, die Ausstoßung Fabres und aller derjenigen, die an seinem Blatte weiter mitarbeiten würden.

Mag die Angelegenheit, wie Thalheimer andeutet, weitere Kreise ziehen oder nicht, fest steht für uns nur das eine: als die Kommunisten dieses Blatt benötigten, nahmen sie keinen Anstoß daran, Propaganda für den Anschluß an die Dritte Internationale in einem Organ zu machen, von dem sie, wie jedermann in Frankreich, wußten, daß es das Instrument finanzieller Interessentengruppen ist. Es ist, als hätte der französische Kapitalismus gewußt, daß es sich schon rentieren würde, Geld in eine Zeitung zu stecken, die im Sinne Moskaus die Zerstörung der französischen Arbeiterbewegung fördern würde.

Sozialistische Politik in Italien.

Rom, 2. Juni. (EP.) Die sozialistische Kammergruppe hat trotz der Einwände der Parteiliste, die einen Aufschub des Beschlusses beantragt hatte, mit 44 gegen 20 Stimmen die Tagesordnung zuradinalis angenommen, worin sie sich ausdrücklich bereit erklärt, mit ihren Stimmen ein Ministerium zu unterstützen, das die Wahrung der Gelese und der Freiheit sichert. Dieser Tagesordnung sind bis jetzt im ganzen 60 Abgeordnete beigetreten, während etwa 30 bei der unerschütterlichen Laßt bleiben. Bei den übrigen ist die Anstange noch im Gange. Die neue Richtung wird nachhaltig von den Gewerkschaftsführern unterstützt. Baldesi verlas einen Brief des Vertreters des Zentralvorstandes der Eisenbahner, worin Serrati sagte in der Verammlung, die Annahme der Tagesordnung zuradinalis werde eine Spaltung der Partei bewirken. Der Parteitongress wird den letzten Entschluß treffen.

Die sozialdemokratische Parteiliste hat den Nationalrat auf den 10. bis 12. Juni nach Rom zusammenberufen zur Stellungnahme über die künftige Parteipolitik.

In Bologna versuchten Faschistenabteilungen das Gebäude der Präfektur zu stürmen, wurden jedoch zurückgedrängt. Später wurden 21 Faschisten verhaftet. Aus der Provinz wurden neue Zwischenfälle gemeldet. Mussolini hat von Rom aus auf Genua seiner Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten den in Bologna angefallenen Faschistenabteilungen die Auffassung ihrer Konzentration befohlen. Infolgedessen hat ihr Abzug begonnen. Die Gefahr blutiger Verwicklungen erscheint somit beseitigt.

Die Faschisten, gegen deren Bologneser Diktaturpläne die Regierung sich zu ermannen scheint — was auf den vorerwähnten Beschluß der sozialistischen Fraktion wohl nicht ohne Einfluß gewesen ist —, haben in der Kammer eine Niederlage erlitten. Es wurde nämlich ein Antrag, die Diskussion über die Annulierung der Wahlen von Abgeordneten unter 30 Jahren aufzuschieben, mit 100 gegen 151 Stimmen bei 25 Stimmenthaltungen verworfen. Mussolini hatte dafür gestimmt, die Sozialisten und Katholiken stimmten einstimmig dagegen. Die Faschisten werden durch diese Abstimmung am meisten getroffen, da sie bei solcher Annulierung sechs Abgeordnete verlieren. Durch eine weitere Abstimmung wurde die Wahl von vier Faschistenabgeordneten annulliert.

Ist das „Revolution“?

Zu der Meldung über die Verurteilung der drei Hauptangeklagten im Mailänder Bombenattentatsprozeß zu lebenslänglichem Zuchthaus bemerkt die „Rote Fahne“:

„Der Revolutionär Boldrini ist das Opfer der deutschen Regierung, die seine Auslieferung an die italienischen Behörden veranlaßte.“

Daß unser Auslieferungsrecht reformbedürftig ist, ist auch vom Redner der sozialdemokratischen Fraktion im Preussischen Landtag betont worden. Insbesondere hat sich dies im Falle der Auslieferung der Dato-Mörder gezeigt. Der Fall Boldrini dagegen liegt ganz anders. Sind Menschen, die, mir nichts, dir nichts, eine Bombe in einen vollbesetzten Theateraal schmeißen und damit anderthalb Dutzend Menschen töten und doppelt so viel schwer verletzen, als „politische“ Verbrecher deshalb anzusehen, weil sie sich Anarchisten nennen? Hat diese Tat mit „Politik“ überhaupt etwas zu tun? Betrachtet die „Rote Fahne“ solche gewissenlose Schurken, die mit dem Leben ihrer Mitmenschen so frevelhaft umgehen, als „Revolutionäre“?

Während der Verhandlungen vor dem Schwurgericht in Mailand wurden als Zeugen zwei junge Mädchen in den Saal getragen, die bei dem Attentat beide Arme und beide Beine verloren hatten. Die Angeklagten konnten den Anblick dieser menschlichen Ruinen nicht ertragen und sie bateten, während der Vernehmung ihrer Opfer aus dem Gerichtssaal herausgeführt zu werden, was ihnen auch gewährt wurde.

Und weil es nun einem dieser Mörder gelungen war, nach Deutschland zu entkommen, sollte er, nach dem Wunsche der „Roten Fahne“, bei uns Gastfreundschaft und Straffreiheit genießen?

Nichts würde den richtigen Gedanken des Asylrechts für wirkliche politische Verfolgte tödlicher treffen, als wenn die Kommunisten ihre Auffassung des Falles Boldrini durchgekehrt hätten. Die „Rote Fahne“ mag sich mit dem „Revolutionär“ Boldrini solidarisch erklären, wir können das nicht tun. Nun mögen die deutschen Arbeiter zwischen den beiden Standpunkten wählen!

Zentrumsmehrheit in Luxemburg.

Bei den Kammerwahlen in Luxemburg gewannen die Liberalen zwei Sitze, die Partei Bruem gewann einen Sitz, die Katholiken verloren einen Sitz, die Sozialisten gewannen zwei Sitze. Die neue Kammer wird aus 28 Katholiken und 22 Mitgliedern der Opposition bestehen. Die Kommunisten haben bei den Wahlen sehr schlecht abgeköhnt; während sie bei den letzten Wahlen 41 022 Stimmen erhielten, haben sie jetzt nur 4701 bekommen.

Polnische Arbeiterentrechtung.

Die Nationaldemokraten und die Bauernpartei im Warschauer Parlament arbeiten mit aller Kraft dahin, eine Wahlordnung Gesetz werden zu lassen, die die Arbeiter entrechtet. Die Städte sollen vom umliegenden Landvolk erdrückt werden, einmal um die Arbeiterstimmen wirkungslos zu machen und dann auch, um die nichtpolnischen Städtebewohner Neupolens zu majorisieren. Dazu kommen noch besondere Proporzkniffe.

Die Arbeiterschaft von Bieliß im früheren Oesterreichisch-Schlesien hat durch einen zweistündigen Streik und eine Massentagung gegen diesen Plan protestiert, der Polen dauernd in jener sozialen Rückständigkeit erhalten würde, die jenen der polnische Gewerkschaftskongress gegeteilt hat. Der anwesende Arbeitsminister erwiderte u. a., daß vielleicht die Einverleibung Oberschlesiens zur Einführung der dortigen, d. h. der deutschen Sozialgesetzgebung in ganz Polen führen werde. . . .

Die ober-schlesischen Unruhen.

Die ober-schlesischen Gewerkschaften beider Nationen bemühen sich, die systematische brutale Austreibung der Deutschen aus dem zukünftig polnischen Gebiet, zu der deutschnationale Angriffe auf Polen in Giewitz das erwünschte Stichwort gegeben haben, zum Stillstand zu bringen. Einmalen geht aber die Pöbelaktion weiter.

Heute, Sonnabend, sollen in Oppeln die Katifikationsurkunden zum deutsch-polnischen Vertrag ausgetauscht werden, dann wird die Uebergabe und Räumung mit Hochdruck betrieben. Auf den deutschen Protest gegen die (auch von Poincaré triumphierend angekündigte) Verbringung der von Ententegegnern verurteilten Oberschlesier in Entente-Länder erwiderte die Le-Rond-Kommission, daß darüber in Paris, London und Rom entschieden werde.

Die Interalliierte Kommission hat der Vertretung der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie je ein englisches und ein italienisches Bataillon in die bedrohten Gegenden schicken werde.

Der polnische Außenminister Skrimuntz schloß seinen Genua-Bericht im Sejm folgendermaßen:

Die Gelegenheit des gemeinsamen Aufenthalts in Genua habe er zu Besprechungen mit den Deutschen benutzt, wobei die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zu Wirtschaftsverhandlungen unter Aufhebung der in der Verfallener Bestimmungen verlegenden Ausfuhrverbote festgestellt worden sei, so daß die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen voraussichtlich bald beginnen würden. Deutschland werde im Rahmen einer genauen Ausführung der bindenden Verträge und der Achtung des gegenwärtigen Zustandes in Polen stets einen Nachbarn finden, der zu normaler Zusammenarbeit und zur Entwicklung korrekter freierlicher Nachbarbeziehungen in sozialer Weise bereit sei.

Litauen und Wilna.

Anlässlich der zweiten Jahresfeier der Jelskowskischen Eröberung) in der Sitzung des Rownoer Landtages hielt der Landtagspräsident eine Festrede, in der er feierlich erklärte, daß Litauen auf Wilna und das gesamte Wilnaer Gebiet niemals verzichten und weiter mit Polen darum kämpfen werde.

Der polnische Sejm lehnte die Dringlichkeit des sozialistischen Antrages betreffend Autonomie Ostgaliziens und des volksparteilichen Antrags zur Agrarreform ab.

Sowjets und Synod.

Moskau, 2. Juni. (M.T.B.) Man nimmt an, daß kaum ein Drittel der Kirchengelbe bis jetzt enteignet worden ist. Seitdem Patriarch Tichon die Verwaltung der Kirche einem Kollegium aus sowjetfreundlichen Geistlichen übergeben hat, scheint der Widerstand der Geistlichkeit gegen die Enteignung der Kirchen nachgelassen zu haben. In wenigen Wochen tritt in Moskau das russische Kirchenkonzil zusammen, dessen Entscheidung mit größter Spannung erwartet wird. Die Autorität des Patriarchen Tichon ist bei dem gläubigen Volk gewachsen. Der Patriarch hat sich bis zur Entscheidung des Kirchenkonzils in ein Moskauer Kloster zurückgezogen. Coangelische Kirchen Westeuropas und Amerikas haben Tichon zu seiner Standhaftigkeit beglückwünscht.

Warschau, 2. Juni. (M.T.B.) „Kocpospolitna“ schreibt: Aus Romgorod wurde gemeldet, daß zwei Geistliche und ein Kaufmann wegen Widerstandes gegen die Beschlagnahme des Kirchengelbes zum Tode verurteilt wurden.

Gegen Japans Vordringen.

Die Regierung der Republik des äußersten Ostens protestiert in einer Proklamation gegen die Anwesenheit der Japaner in Sibirien und dagegen, daß die japanische Armee in Wladiwostok gegenwärtig Vorbereitungen treffe, um die Gegend von Ussinsk zu besetzen, wo große Erzgruben und ausgebeutete Wälder sind.

Der Präsident der Regierung von Wladiwostok, Merkulisow, ist abgesetzt und auf Befehl der konstituierenden Versammlung verhaftet worden.

Das chinesische republikanische Parlament, das seit 1917 nicht mehr getagt hat, versammelte sich in Kienfün und hat als Programm die Einigung Chinas aufgestellt.

In Moskau ist eine Abordnung der Mongolei eingetroffen.

Das Sterben der Presse. Das vor 37 Jahren in Frankfurt am Main unter dem Namen „Kleine Presse“ gegründete Mittagsblatt hat mit dem 31. Mai sein Erscheinen eingestellt.

Das Rheinlaasterblatt des Herrn Smeets, die „Rheinische Republik“, wird wegen ihrer Schimpfereien auf Deutschland von den Arbeitern seiner bisherigen Druckerei in Bonn nicht mehr hergestellt.

Hollenkostenaustrafe in Südwestafrika. Truppenabteilungen der südafrikanischen Union gegen die ausländischen Bantuzen. Hottentotten haben sich bis 40 Meilen nördlich des Oranjesuffes vorgearbeitet. Die Aufständischen werden von Morris geführt. Familien und Vieh führen sie mit sich. Vertikens ausländische Hottentotten rücken angeblich aus der Kap-Provinz heran. In ganz Südwestafrika herrscht offensichtlich beträchtliche Unruhe unter den Eingeborenen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Schweizer Gewerkschaftskongress.

Die deutschen Gewerkschaften müssen in aufreibender Tätigkeit ihre sämtlichen Kräfte anspannen, um den fortgeschrittenen Feuerwerkswellen durch die Anpassung der Löhne ihre erschütternde Wirkung zu nehmen. In den neutralen und in den sogenannten Siegerländern dagegen kämpft die Arbeiterschaft gegen die Verelendung durch die Arbeitslosigkeit, zumal diese von den Unternehmern ausgenutzt wird, nicht allein um die Löhne fortgesetzt zu drücken, sondern darüber hinaus den Arbeitern Stück für Stück ihre Errungenschaften wieder zu entreißen.

In einem solchen verzweifelten Abwehrkampf steht auch seit zwei Jahren die Schweizer Arbeiterschaft. Infolge der riesigen Arbeitslosigkeit — die Schweizer Industrie ist vor allem Fertigungs- und Luxusindustrie — die zeitweise mehr als ein Viertel der Arbeiter umfaßt, sind die Gewerkschaften geschwächt worden. Die Spaltungsarbeit der Moskauer hat natürlich die Position der Unternehmer noch weiter gestärkt. Nun glaubt die Reaktion den Zeitpunkt für gekommen, um den Achtstundentag abzubauen.

Diese beiden Probleme, die Arbeitslosigkeit und der reaktionäre Ansturm der Unternehmer, beschäftigten den außerordentlichen Gewerkschaftskongress, der am 27. und 28. Mai in Bern tagte. Nebenbei mußte sich der Gewerkschaftskongress auch mit den Quereisereien der Kommunisten befassen, die allerdings glatt abfielen. Die Schweiz war noch vor nicht langer Zeit die große Hoffnung von Moskau. Die Kommunisten haben aber dort bereits so gründlich abgewirkt, daß sie es mit allen ihren Anträgen bei mehr als 200 Delegierten nie auf mehr als 40 Stimmen brachten. Allerdings sind sie immer noch stark genug, um durch ihre Zerstörungsarbeit den Unternehmern Helfersdienste zu leisten.

In der vom Vorstand des Gewerkschaftsbundes vorgeschlagenen und vom Kongress angenommenen Entschliessung bezüglich der Wirtschaftskrise wird an Stelle der Ausfuhrprämien und Schutzzölle die Rückkehr zu normalen Handelsbeziehungen gefordert. Außerdem werden Höchstpreise für alle lebensnotwendigen Gebrauchsartikel, ein Getreidemonopol und eine gründliche Steuerreform gefordert. Gegen die Arbeitslosigkeit wurde die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch öffentliche Arbeiten und die Übertragung der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an die Gewerkschaften bzw. deren Subventionierung durch den Staat gefordert. Schließlich beschloß man, sich jedem Versuch der Durchbrechung des Achtstundentags zu widersetzen und dabei eventuell das Mittel der Volksbefragung zu ergreifen.

Der Kongress war ein gatter Sieg des sogenannten reformistischen Flügels und trotz — oder vielleicht wegen — der verlustreichen Störungen der Kommunisten eine Kundgebung von seltener Geschlossenheit.

Achtstundentag und Unternehmer.

Wie uns vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist nunmehr auch der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit der Angestellten fertiggestellt und wird dieser Tage dem Reichswirtschaftsrat zugehen. Der Entwurf sieht die Aufrechterhaltung des Achtstundentags vor. Die beiden Entwürfe sehen Ausnahmen vor, doch wird das Recht der Behörden zur Bewilligung von Ausnahmen genau umschrieben, im Gegensatz zu den Demobilisationsverordnungen, somit eingeschränkt. Wir kommen noch darauf zurück.

Inzwischen rücken die Unternehmer zum Kampf gegen den Achtstundentag. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Handbundes, in dem dieser sich auf das „Gutachten des Reichsarbeitsministeriums“ beruft, in dem er für die Uebergangszeit des deutschen Wiederaufbaues eine Abschaffung des Achtstundentages für die nächsten fünf Jahre verlangt, beruft. (Ueber dieses bedauerliche Gutachten haben wir uns bereits geäußert. D. Red. d. „Borw.“) Die Arbeiterschaft wird die Versuche der Unternehmer, den Achtstundentag abzubauen, zurückzuweisen wissen. Das Geschrei der „Roten Fahne“, die diese Gelegenheit benutzt, um gegen die — Gewerkschaften zu hetzen, wird daran nichts ändern. Ihre Anpöbelungen können wir mißachten.

Christliche Gewerkschaftsführer und Minister.

Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M. des Deutschen Verkehrsverbundes schreibt uns u. a.:

„Am 19. und 20. Mai 1922 kam Reichspostminister Giesberts nach Frankfurt a. M., um verschiedene Postämter zu besichtigen. Er hielt sich längere Zeit bei der Oberpostdirektion auf und fuhr dann mit seinem Stabe und mit dem Vertreter des Präsidenten der Oberpostdirektion, der zu den Reaktionärsten Frankfurts gehört, auf verschiedene Ämter. Von Herrn Giesberts als ehemaligem Arbeiterführer (Zentrum) hätte man schon erwarten dürfen, daß er zum mindesten die gesetzlichen Beamten- und Arbeitervertretungen zur Besichtigung hinzuziehen würde. Diese hätten ihn auf Mißstände, an denen es auch bei der Reichspostverwaltung nicht fehlt, am besten aufmerksam gemacht. Der Minister wäre jedenfalls genauer informiert worden, als er einseitig von den

reaktionären Oberpostdirektoren und Posträten unterrichtet werden konnte, die ihm höchstwahrscheinlich nur das gezeigt haben, was sie ihm zeigen wollten; sind diese Herren ja doch grundsätzlich Gegner von Einrichtungen, die zum Wohle der unteren Beamten und Arbeiter der Post eingeführt werden. Die Arbeitervertretung weiß sehr wohl, warum sie nicht zu der Besichtigung hinzugezogen wurde, hält es aber dennoch für einen großen Fehler, daß Minister Giesberts sich nicht um sie kümmerte. Schließlich sind doch die Angestellten und Arbeiter im Postbetriebe nicht ganz überflüssig, wenn man auch Leute mit meist fünf- bis sechsjähriger Dienstzeit aufs Postfeld setzen will, weil sie den Namen Angestellte nach dem Gesetz führen müssen und es dies einzelnen Beamtenkategorien unangenehm ist, die sich nur von egoistischen, kleinlichen Gesichtspunkten leiten lassen.

Wenn schon ein aus dem Arbeiterlande hervorgegangener Minister an den Arbeitern und Angestellten vorbei besichtigt, was soll man dann erst erwarten von Vertretern des alten Regiments, deren Verhalten gegenüber einmal das Wort fiel, man muß sich schämen, ein Preuße zu sein.

Zum Streik der Berliner Engroschächter.

Wenn in irgendeinem Berufe durch die Schuld der Arbeitgeber die Arbeiter zum letzten Mittel, zum Streik, greifen müssen, dann ist die bürgerliche Presse sofort auf dem Plan, um die Öffentlichkeit irrezuführen und bewußte oder unbewußte Lügen zu verbreiten. So auch im vorliegenden Falle. Acht Wochen lang haben die Arbeitgeber die Lohnregelung verschleppt, von Woche zu Woche. Nun, da den Arbeitnehmern der Geduldsfaden riß, schreien sie Zeter und Mordio. Ueber die Lohnfrage werden lügenerische Behauptungen verbreitet. So unter anderem die Forderung von 2000 M. einmaliger Entschädigung und anderes mehr. Die Forderungen sind vielmehr einzig und allein folgende: Für Mai den Wochenlohn von 1080 M. bis 630 M. für Gefellen und für Kutsher 900 M. Für Juni 1200 M. bis 750 M. für Gefellen und für Kutsher 1020 M. Jede andere Nachricht ist falsch.

Die streikenden Arbeitnehmer des Berliner Schlachthofes aber sollten gerade in diesen Tagen die „Berliner Allgemeine Zeitung“, „Volkszeitung“, „Morgenpost“ usw. beachten, in welcher erbärmlicher Weise diese gegen die kämpfende Arbeiterschaft schärfe machen und den Schluß daraus ziehen, diese Presse für immer aus ihren Häusern verschwinden zu lassen. Zentralverband der Fleischer.

Gehälter der unständigen Angestellten Berlins.

Die Versammlung der im JdM. organisierten Gemeindeangestellten am Donnerstag in der Neuen Pfl. Harmonie befaßte sich mit dem Angebot des Magistrats zu den Forderungen.

Bis 1. Mai sollen erhalten: A. Jugendliche bis zum 15. Lebensjahre 1750 M., bis zum 19. Lebensjahre 2000 M. B. Männliche nichtständige Angestellte über 20 Jahre in

Gruppe	Anfangsgehalt	nach einem Jahr	nach zwei Jahren	nach drei Jahren	Mehr
Ba	8525 M.	8550 M.	8575 M.	8600 M.	750 M.
Bb	8625	8650	8675	8700	750
Bc	8775	8800	8825	8850	800
Bd	8975	4000	4025	4050	850
Be	4225	4250	4275	4300	900

Weibliche nichtständige Angestellte der Gruppen A, Ba und Bb erhalten 90 Proz., die der Gruppen Bc, Bd 95 Proz. und in Gruppe Be 100 Proz. vorstehender Sätze. Die Kinderbeihilfe bleibt nach der Höhe und den Grundregeln wie für April.

Das „Rehr“ unter B stellt die Zulagen für Mai auf das Aprilgehalt dar. Die Angestellten sind immer noch nicht völlig im Besitz der Aprilgehälter und auch auf die Maigehälter ist erst ein Vorschuß gezahlt worden. Jetzt soll auf die Erhöhung von 750 bis 900 M. ein Vorschuß von 650 bis 750 M., für die Jugendlichen noch weniger gezahlt werden.

In der zeitweise sehr erregten, oft stürmischen Aussprache bebandelte sich eine große Unzufriedenheit über das Angebot, insbesondere auch darüber, daß die Löhne nicht voll ausgezahlt worden sind. Die Angestellten wüßten nicht mehr, wie sie ihren Verpflichtungen nachkommen sollten, namentlich nicht die Familienväter. Der Verband müsse sich unverzüglich dafür einsetzen, daß endlich Wandel geschaffen werde. Die besten Kräfte würden schließlich aus den Gemeindebetrieben in die Privatindustrie abwandern, wenn die bisherige Tarifpolitik des Magistrats nicht geändert werde. In der Abstimmung wurde das Angebot jedoch mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf referierte Krüger über den Manteltarif, der nach dem Schiedsspruch bekanntlich bis zum 31. März 1924 gelten soll. Der Schiedsspruch hat bestimmt, daß mehrere noch strittige Punkte durch weitere Verhandlungen der Parteien zu erledigen sind. Wie der Redner berichtete, konnten diese Verhandlungen noch nicht beendet werden. Ueber verschiedene Bestimmungen sei bereits eine Einigung erreicht worden. Der Manteltarif werde voraussichtlich keine sonderliche Verbesserung, aber auch keine wesentliche Verschlechterung bringen.

In der anschließenden Aussprache wurden einzelne Bestimmungen des Manteltarifs ebenfalls kritisiert und als Verschlechterungen bezeichnet, worauf der Referent erwiderte, daß die in ihrer Mehr-

heit aus bürgerlichen Kreisen bestehende Stadtverordnetenversammlung schwerlich bereit sein werde, die Wünsche der Angestellten voll zu erfüllen. Diese Mehrheit habe aber das letzte Wort zu sprechen.

Juni-Zulagen in der Luxuspapierbranche.

Eine stark besuchte Versammlung aller in der Luxuspapierbranche, den Steinbrudereien und photographischen Kunstbrudereien beschäftigten und dem Verband der Buchbinder und Papierarbeiter angehörenden Arbeiter wie Arbeiterinnen am Donnerstag in den Musterkassen befaßte sich mit dem Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen. Lüdike berichtete und besprach zunächst das Ergebnis der Verhandlungen über den Manteltarif, bei dem es schließlich der Lohnkommission gelang, die von den Arbeitgebern hartnäckig verlangte 48stündige Arbeitswoche statt der bestehenden 47stündigen abzumehren, wie auch einige Verbesserungen der bestehenden Satzungen des Tarifs zu erreichen. Für Juni sind folgende wöchentliche Lohnzulagen vereinbart worden: Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren 40, Arbeiterinnen über 18 Jahre 80 M., Arbeiter von 18 bis 21 Jahren 110, von 21 bis 24 Jahren 120 und über 24 Jahre alte 130 M. In der Aussprache wurden die Ausführungen durch Lippoldt noch in verschiedenen Punkten ergänzt, der auch darauf hinwies, daß eine Abstimmung über die vereinbarten Löhne nicht erforderlich sei, weil die Verhandlungskommission Vollmacht hatte, die Vereinbarung nach ihrem Ermessen zu treffen.

Mit den Vorschlägen der Arbeitgeber für den Manteltarif war die Versammlung nicht einverstanden. Ein Beschluß beauftragte die Kommission, nochmals zu verhandeln und dann einer folgenden Versammlung zu berichten.

Der bayerische Metallarbeiterstreik ist infolge der Hartnäckigkeit der Bayerischen Motorenwerke und der Firma Kustermann immer noch nicht vollkommen beendet. Es stehen zurzeit noch 2-3000 Arbeiter im Streik.

Erfolgreicher Streik der Konditoren. Nachdem die Unternehmer die Lohnforderungen der Arbeiter mit einigen Ausnahmen abgelehnt hatten, traten die Arbeiter am Freitag in den Streik. Der Erfolg war unmittelbar, so daß die Arbeit noch am Sonnabend überall wieder aufgenommen werden wird.

Die Metallarbeiter in der Lombardie, etwa 50 000 an der Zahl, sind wegen Lohnunterschieden in den Vorständen getreten. Auch in Lurin ist infolge des Scheiterns der Verhandlungen der Streik ausgebrochen.

Ein neuer Eisenbahnerstreik in America droht auszubrechen. Das Exekutivkomitee der Eisenbahner hat beschlossen, den Gewerkschaften einen allgemeinen Ausstand vorzuschlagen, um gegen die Herabsetzung der Löhne um 13 Proz. zu protestieren. Von dieser Lohnherabsetzung werden mehr als eine Million Arbeiter betroffen, die dadurch eine jährliche Einbuße von 50 Millionen Dollar erleiden.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Die Bureaukratie hat am Sonnabend und am 3. Pfingstfesttag bis 1 Uhr mittags geschlossen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die nächste Sitzung der engeren Verwaltung findet nicht am Dienstag, den 6. Juni, sondern Mittwoch, den 7. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Verbandsbureau, Zimmer 8, statt.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin. Während der Pfingstfeiertage bleiben unsere Bureaukratie bis einschließlich Dienstag geschlossen.

Berichte für den redakt. Teil: Franz Klübs, Berlin-Wilmersdorf; für Anzeigen: H. Glöde, Berlin, Verlag Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Fortwärts-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8, circa 1 Bellag.

Kauft deutsche Teigwaren



Immer noch nicht genügend bekannt ist, daß Teigwaren von alten Speisen an Nährwert dem Fleisch am nächsten stehen. Teigwaren sind dabei um vieles billiger wie Fleisch und haben den Vorzug der schnellen Zubereitung. — Durch leichte Verdaulichkeit tragen sie zur Gesundheit jeder Familie bei.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kolibuser Tor
Herrenanzüge v. 1575-3500 M.
Herrenschlüpfer v. 1450-3000 M.
Sport-Anzüge-Regenmäntel

W. Bernhardt Nachf. Berlin

Belle Alliancestr. 105 u. 101
dicht am Halleschen Tor



Meine Kleiderserien
zu **495.- 675.- 975.-**
in besten Stoffen sind nicht zu übertreffen.

Meine Blusenserien
zu **125.- 165.- 225.-**
sind vorbildlich in Preislage und Stoff.

Donegal = Mäntel, Covercoat = Mäntel
Tuch = Mäntel, Imprägnierte Mäntel
in allen Preislagen.

Mousselinekleid in neuest. Ausführung 495.- Voll-Volle m. reich. Fillet-Garnierung 390.- Voll-Vollekleid m. Stickerei und Blenden-Garnierung 875.-

Pfingstwanderungen.

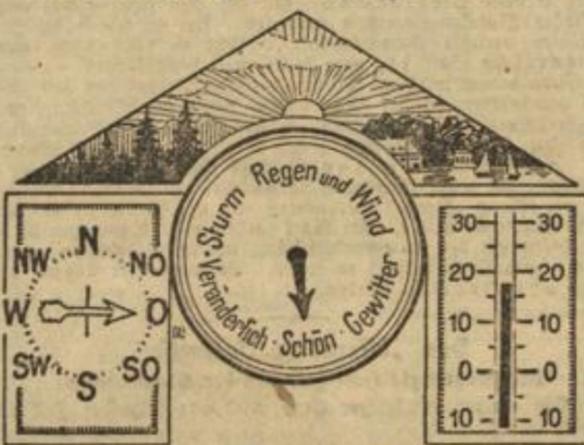
Grumfin und Werbelinsee.

Ein ganz hervorragend schönes Gebiet, das sich durch große Laubwälder und zahlreiche Seen auszeichnet, ist die südliche Ufermark.

Von Hermsdorf nach Tegel.

Vom Stettiner Vorortbahnhof fahren wir bis Hermsdorf. Auf der Straße nach Tegel wandern wir unter der Bahn hindurch.

Wie wird das Sonntagswetter?



Ebenso wie die letzten Maitage zeichnet sich auch der Anfang des Monats Juni in ganz Deutschland durch eine sehr freundliche, heitere und angenehme Witterung aus.

Zur Römerschanze.

Vom Bahnhof Wannsee wandern wir auf der Potsdamer Chaussee durch den Ort. Kurz hinter dem Wirtschaftshaus zweigt nach rechts eine schmale Chaussee ab.

Postzollamt.

Ein inhaltsreicher Name. Was liegt nicht alles darin. Ärger und Verdruß, Humor und Ohnmacht.

Das geht zunächst schnell in der Amtsstube. Eins, zwei erhält man sein Paket. Und nun kann man gehen, wird manch einer denken.

Zu warten hat man aus dem Grunde, weil der Inhalt des Pakets nach zollpflichtigen Waren noch untersucht werden muß.

Endlich wird man abgefertigt und will das Amt verlassen, da haben die kleinen Markenmänner schon Posten gefaßt und bitten um ausländische Marken.

„Es sind ja nur Tropfen drin“, flüstert sie. Ein strenger Amtsblick erstickt die Bemerkung, und dieser Amtsblick verdammt zu weiterem Warten.

„Entsetzt schaut das Fräulein zur Uhr, es ist gleich einviertel Eins.“ Stellen Sie sich hier her“, meint ein anderer Befragter.

„hier kommen Sie eher heran“, Schnell huscht das Fräulein hin und schiebt dem Beamten, der gerade untersucht, ob das auf der Waage liegende Paket 2340 oder 2341 Gramm wiegt, das zeitraubende Paket zu.

„Am Gefängnis vorbei.“ Gerechte Sühne für die Tat eines Trunkenen.

Eine durch ihre kluge und menschliche Begründung geradezu auffällige Entscheidung, die dem Spruch: Weiser Richter — gerechter Richter!

Zur Anklage stand eine Tat, welche nach der früheren Praxis des Gerichts dem Täter mindestens 1 Jahr Gefängnis eingebracht, den wirklichen Schaden des Verletzten jedoch in keiner Weise gutgemacht hätte.

Der Angeklagte Rechtsanwalt Alfred Rähle hatte eines Tages mehrere sehr zweifelhaftes Schnaps getrunken, die offenbar aus nicht einflusslosem Schieberpreis hergestellt waren und war dann in der Steglitzer Straße in eine Schlägerei zwischen fremden jungen Ruffern hineingeraten, in der ihm der Anzug zerrissen wurde und er selbst eine Verletzung davontrug.

Als ihn der Ruffler herbst zurückhalten wollte, schlug er blindlings auf diesen ein und brachte ihm einen Stich in die Hand bei, der sehr böse Folgen hatte.

Herbst mußte 18 Tage im Krankenhaus liegen und war noch längere Zeit danach arbeitsunfähig. Vor Gericht entschuldigte der bisher völlig unbescholtene Angeklagte sein Tun mit Trunkenheit.

Wie Amtsgerichtsrat Dr. Grumach in der Urteilsverkündung zum Ausdruck brachte, sei weder dem Verletzten noch dem Staat damit gedient, wenn der Angeklagte lediglich auf längere Zeit ins Gefängnis geschickt werde.

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

Ich will ein wenig warten, dachte er, da er ja doch jeden Augenblick kommen muß. Da er ungeschlüssig auf der Sofaante saß, fiel sein Blick auf die vor dem Toilettepiegel stehende Flaschengarnitur.

Wo mag er bloß hingegangen sein? fragte er sich, einigermaßen neugierig geworden. Am Ende hat er sich auf die Bühne begeben, da er sich mit diversen Einrichtungen vertraut machen, und vor allem die dekorative Aufmachung sich ansehen wollte.

Direktor Weißwasser verließ den Ankleideraum und begab sich wieder denselben Weg zurück, den er gekommen war. Auf der Bühne angelangt, wäre er, in Gedanken versunken, beinahe mit einem Arbeiter zusammengerannt, dem er im letzten Augenblick noch durch einen beherzten Sprung auszuweichen vermocht hatte.

Dieser vermeinte. Regisseur Vater, der die letzten Anordnungen traf, und, vor dem Souffleurkasten stehend, Befehle erteilte, hatte ihn ebenförmig erblickt.

Die Nervosität des Direktors wuchs begreiflicherweise. Er wird mittlerweile in seine Garderobe zurückgeführt sein, sagte Vater, um seinen Brotherrn zu beaufsichtigen.

„Kommen Sie auf jeden Fall mit mir.“ „Obzwar ich hier notwendig bin.“ „Sie können ja gleich wieder umkehren.“

„Albert Reuß' Ankleideraum war jedoch noch immer leer.“ Direktor Weißwasser sah einigermaßen verwundert auf dem Sofa. „Ist Ihnen das schon vorgekommen?“ fragte er.

„Am Ende ist er zur Kreher gegangen, um mit ihr, seiner eigentlichen Partnerin, sich näher zu verständigen, als das während der einzigen, sühntigen Probe möglich gewesen ist.“

„Sie sind ein Genie, Vater! Natürlich! So wird es sein! Obzwar den Herren das Betreten der Damengarderoben auf das strengste untersagt ist.“

„Herr Reuß, der hier ein Fremder ist, kann nicht gut mit unserer Hausordnung vertraut sein.“

„Sie nehmen ihn natürlich in Schutz.“ Fünf Minuten später, als die beiden Herren vor dem Ankleideraum der Schauspielerin Eveline Kreher standen, wußten sie, daß die Annahme des Regisseurs Vater ebenfalls eine irrümliche und daß Albert Reuß nicht hier gewesen war.

Direktor Weißwasser sprang auf den Gang hinaus und schrie nach dem Portier, doch mußte er dreimal dessen Namen rufen, ehe der Gewünschte aus seinem Verschlag gelaufen kam.

„Wann ist Herr Reuß in seine Garderobe gekommen? Ist er überhaupt dagewesen und haben Sie ihn gesehen?“

„Freilich. Eine Viertel nach sechs Uhr wird es gewesen sein.“

„Irrren Sie sich nicht?“ „Ich hab' ihn doch selbst hineingeführt, weil Bobrow noch nicht im Hause war.“

„Bobrow! Bobrow soll augenblicklich erscheinen.“ Wo ist der Kerl überhaupt? Der Türhüter lief eifertig davon.

Regisseur Vater tauchte auf. „Willert spielt jedenfalls...“ versicherte er.

„Solange Willert nicht achtzig Grad Fieber hat, interessiert er mich nicht!“ herrschte Direktor Weißwasser seinen Regisseur an. „Albert Reuß ist unauffindbar...“ und Sie erzählen mir... Er ballte die Fäuste. „Ich bin doch schon sechzehn Jahre Theaterdirektor...“ setzte er, ruhiger geworden, hinzu, „aber etwas Ähnliches ist mir noch nicht passiert.“

„Regen Sie sich doch nicht unnützlich auf...“ sagte Vater, der mit diesen Worten naturgemäß das Gegenteil dessen erreichte, was er beabsichtigt hatte.

„Werden Sie für Reuß einspringen?“ fauchte Weißwasser ihn an.

Inzwischen war Bobrow zur Stelle. Er verstand es, ohne durch den wütenden Direktor sich einschüchtern zu lassen, sich zu rechtfertigen. Er hatte Herrn Reuß jeden Dienst geleistet, den dieser angesprochen hatte, und er erzählte mit Behagen haargenau, wenn auch umständlich, daß er den berühmten Gast erst dann verlassen, nachdem er ihn vollständig angekleidet hatte.

„Vollkommen glaubhaft,“ rief Vater und wies mit dem ausgestreckten Arm nach der Wand, an der Albert Reuß' Straßenkleider hingen.

„War auch ganz geschminkt und ganz angezogen...“ setzte Bobrow hartnäckig, stiermässig, sein Recht und seine Unschuld verteidigend, hinzu.

„Es unterliegt demnach keinem Zweifel, daß Reuß sich im Hause befinden muß, da er kostümiert und geschminkt doch unmöglich auf die Straße gegangen sein kann.“

„Was hätte er auch dort zu suchen gehabt?“ schrie der Theaterdirektor. „Mit diesen und ähnlichen platten Bemerkungen, mit denen niemand gedient ist, bringt man mich glatt zur Kaserne! Im übrigen ist es noch möglich...“ und seine Stimme schlug aus dem Diskant in die normale Lage hinunter, „... daß er mich in der Kanzlei aufgesucht hat.“

Vater flog, seinen schwachen Kräften Uebermenschliches zumutend, hinter ihm drein.

Im Bureau hatte keiner Albert Reuß gesehen; jene, die man zur Rede stellte, verneinten, stellten entschieden in Abrede, daß der Gesuchte hier gewesen sei. Die Verwirrung wurde dadurch vermehrt, daß jene, die man um Auskunft gebeten hatte, nun ihrerseits die Ursache der allgemeinen Erregung kennen lernen wollten und in der Folge ihre wenig scharfsinnigen Vermutungen hören ließen.

Direktor Weißwasser hatte sein Bureau wieder verlassen und raste den gleichen Weg, den er gekommen war, wieder zurück, während hinter seinem Rücken der Regisseur Vater nicht mehr allein, sondern mit ihm eine ganze Kavalkade Bureauangestellter sich befand, die, neugierig geworden, mitrannten.

Auf der Bühne hatte sich die Nachricht, daß Albert Reuß unauffindbar sei, wie ein Lauffeuer verbreitet, die Schauspieler standen nicht allzu lange kostümiert, geschminkt, den ungewöhnlichen Fall besprechend, in Gruppen beisammen, da die meisten von ihnen, den jeweilig angefangenen Satz gar nicht erst beendend, der vorübergehenden wilden Jagd sich alsbald anschlossen.

Der Garderoberaum Albert Reuß' war nicht imstande, die Vielzahl der Neugierigen zu fassen, die nun hereindrängte, von Direktor Weißwasser, der mittlerweile außer Rand und Band geraten war, mit Stentorstimme jedoch angewiesen wurde, augenblicklich umzukehren.

„Hinaus, wer hier nicht beschäftigt ist!“ schrie er.

(Fortsetzung folgt.)

Verhütung dieser Strafe davon abhängig gemacht, daß der Angeklagte sich drei Jahre einwandfrei führe, die polizeilichen Führungsaufträge gut seien, er ferner binnen 6 Monaten 1500 Mark an die Staatskasse zahle und ferner während derselben Frist dem Verletzten sämtliche diesem durch Krankenhausbehandlung, Arbeitsverlust usw. entstandenen Unkosten erzeuge. Auf Grund dieses vernünftigen Urteilspruches hat es nunmehr der Verurteilte selber in der Hand, seine Tat durch Wiedergutmachung wirklich zu sühnen, vorausgesetzt, daß seine Mittel ihm das gestatten. Bei einem Arbeiter wird dies auch das weiseste Urteil dadurch illusorisch gemacht, daß er gar nicht imstande ist, die Kosten zu bezahlen, wenn sie nicht etwa auf einen sehr großen Zeitraum verteilt werden.

Langsame Befundung des Güterverkehrs.

Abnahme der Milch- und Kartoffel-, Zunahme der Kohlentransporte.

Anlässlich der vor einigen Tagen stattgefundenen Pressekonferenz in der Eisenbahndirektion Berlin erhielt man einen bemerkenswerten Einblick in Verhältnisse des Groß-Berliner eisenbahnlichen Güterverkehrs. Am April d. J. sind noch 500.000 Liter Milch mit der Bahn nach Berlin gekommen, bis Ende Mai aber nur 380.000 Liter. 1921 sind 56.700 Wagenladungen Kartoffeln nach Groß-Berlin gelangt. Berlin hat aber einen Verbrauch von 73.000 Wagenladungen. Mithin erobert sich ein Ausfall von circa 16.300 Wagenladungen = 326.000 Zentner Kartoffeln. Ein großer Teil der Kartoffeln muß nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet gehen, weil die dort früher eingeführten holländischen Kartoffeln mit deutschem Gelde nicht mehr zu bezahlen sind. Infolgedessen müssen die Güterwagen durch ganz Deutschland hin- und herlaufen und es ergibt sich eine übermäßige Inanspruchnahme der Wagen. Beachtenswert sind auch die Ergebnisse der über die Eisenbahn in Berlin angekommenen Kohlentransporte. Vor dem Kriege wurde sehr viele Kohle, besonders die der Gaswerke, auf dem Wasserwege herangebracht. Die Eisenbahn führte 1913 3,7 Millionen Tonnen und 1921 bereits wieder 3,4 Millionen Tonnen Kohle nach Berlin. An Hausbrandkohle wurden 1913 2,1 Millionen Tonnen Kohle herangebracht, 1921 aber schon 2,4 Millionen Tonnen.

Wenn aber die Eisenbahn trotz alledem noch nicht ihre volle Friedensleistung erreicht hat, so liegt das, wie der Referent Oberregierungsrat Teubner ausführte, auch an der Herunterentwicklung der gesamten Materialverhältnisse während des Krieges, der Ablieferung von 5000 der besten Lokomotiven und 150.000 der besten Güterwagen an die Entente, der jetzt noch fälligen Lieferungen von circa 100.000 Güterwagen an Polen, Litauen, Jugoslawien und die Saarbahnen. In Berlin wird jetzt auch zur schnellen Abbeförderung von Eisgut-Stückgütern ein Versuch mit 8 Vollkraftwagen gemacht. Dadurch werden der Bahn erhebliche Kosten erspart, da die Güter nicht mehr über einen oder zwei Verschleppbahnhöfe geleitet werden müssen.

Schließlich ersucht man, daß die gesamte Eisenbahnreklame jezt durch die Deutsche Eisenbahnreklame G. m. b. H., Berlin W. 35, ausgeführt wird. Zurzeit sind die alten Reklamen in den Wagonen, den Wartehallen, Zugängen, Durchhängen usw. entfernt worden. Man wird aber in den nächsten Monaten in Berlin besonders innerhalb der Bahnhöfe, mit einer Vermehrung der Reklame rechnen müssen. Auch hat die Gesellschaft das Recht der Reklame in der freien Landschaft, sofern es dem Bahnhofsbesitzer zutrifft. Für Reklame längs der Bahnstrecke auf privaten Grundstücken ist die Bahn nicht verantwortlich.

Prenzlauer Straße Nr. 3.

Die Prenzlauer Straße bietet das alltägliche Bild einer nördlichen Großstadtstraße. Zu beiden Seiten des Fahrdammes Mietkasernen aus den 60er und 70er Jahren. Aber es ist keine stille Straße. Autos und Geschäftsfuhrwerke jagen hindurch. Prenzlauer Straße Nr. 3 selbst ist ein nicht unfreundliches großes Mietshaus, ziemlich hart an der Holzinger Straße. Kleine vorgebaute Erker geben der Vorderfront des Hauses ein anheimelndes Aussehen. Blumenkörbe schmücken die Fenster. Rechts und links vom schmalen Hauseingang liegen einige Läden.

Der Totort ist eine Treppe, die vom Hausflur direkt zum Keller hinunterführt. Der eigentliche Keller ist durch eine Holzgür verschlossen. Mit ziemlich großer Kühnheit muß der Rührer zu Werke gegangen sein, da er jeden Moment gesehen werden konnte. Außerlich erinnert weder in und vor dem Hause etwas an die fürchterliche Bluttat. Aber in den Seelen der vielen Menschen im Hause selbst und in seiner Umgebung ist die Erregung noch lange nicht verweht. Die Frauen sprechen von nichts anderem und nur eine Frage beherrscht sie: Ob die Polizei ihn wohl kriegen wird? Hausfremde Männer werden scheu und misstrauisch gemurmelt. Fragende Augen, die alles sehen, aber selber nicht gesehen werden, spähen jedem Fremden nach. Man denkt an jene Eigenart mancher Unholde, die es mit unbedinglicher Gewalt an den Ort ihrer Tat zurücktreibt. Und die Männer, die abends ihr Pfeifchen friedlich rauchend in den Fenstern lehnen, denken auch daran: Wenn man ihn mal auf auf solche Art abfassen könnte! Bei den Kindern aber herrscht gedrückte Stimmung. Auf den Säbel und die Freude, die der Frühling in ihnen erweckt hat, ist ein kalter Tau gefallen und die kleinen Mädchen besonders schauen mit großen ängstlichen Augen in die Winkel des Ganges; sie stecken die Köpfe zusammen und raunen geheimnisvoll, und ihre Kinderseelen, die sich keiner Schuld bewußt sind, sinnen vergeblich der dunklen Gewalt nach, die ihre Kameradin so plötzlich aus ihrem lustigfüllten Kreis gerissen. . . .

Zur Aufklärung des Lustmordes in der Prenzlauer Straße gehen der Kriminalpolizei fortwährend neue Meldungen zu, die alle nachgeprüft werden. Besonders bemerkenswert ist eine aus der Alexanderstraße. Dort erschien am 31. Mai, am Tage nach dem Verbrechen, in einer Schankwirtschaft in der Nähe des Alexanderplatzes ein junger Mann, der sich auffallend benahm. Er legte eilig Hut und Mantel ab und begab sich in die Fernsprechzelle, kam wieder heraus und verließ das Lokal, ohne Hut und Mantel mitzunehmen. Als der Wirt den Mantel untersuchte, fand er in der Tasche eine Anzahl Berliner Zeitungen, die so gemischt waren, daß die Berichte über den Mädchenmord in der Prenzlauer Straße sofort ins Auge fielen. Der Covermantel stammt von der Firma Louis Behold in Chemnitz in Sachsen, der graugrüne Beourhut von der Firma Paul Waldner, Berlin, Potsdamer Straße. In einer der Manteltaschen befand sich noch ein weißes leinewes Taschentuch mit schmalen Hohlraum, das die weißgestickten Zeichen L. A. trägt. Dieser Mann wird jetzt eifrig gesucht. Er ist 1,75 bis 1,80 Meter groß, etwa 25 bis 30 Jahre alt, hat ein läng-

liches Gesicht mit hervorragenden Backenknochen. Angaben, die zu seiner Ermittlung dienen können, werden im Zimmer 88 des Berliner Polizeipräsidiums entgegengenommen.

Ritterschlag und Sonnenwendfeier.

Am 24. Juni soll Potsdam wieder einmal zum Schauplatz eines nationalitätspolitischen „Festes“ werden. Am Vormittag findet in der Friedenskirche der Ritterschlag des Johanniterordens statt. An demselben Tage veranstaltet der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund einen sogenannten Germanicstag. Eine große germanische Sonnenwendfeier unter Beteiligung sämtlicher vaterländischen und deutschvölkischen Verbände findet abends in Potsdam statt. In diesem Tage werden auch die Stabdarten der ostpreussischen Regimenter am Sarge Kaiser Friedrichs niedergelegt. Wahrscheinlich wird das wieder eine Sonnenwendfeier mit Militärkonzert, wie das im vorigen Jahr ein deutschnationaler Verein so hübsch ankündigte, weil doch die alten Germanen bei ihren Sonnenwendfeiern auf den Bergen ihrer Heimat auch Militärkonzerte hatten. Wie hübsch werden sich am Sonnenwendfeuer die modernen germanischen Reden in Blage, Monotel, Hornbrille und Bierbauch und mit Anzügen nach neuester englischer und die germanischen Frauen und Jungfrauen nach neuester französischer Mode machen. Eingerahmt könnte das ganze sodann durch einen Rordon Reichswehrreiter in voller Kriegsbemalung werden, mit Stahlhelmen, Karabinern, Revolvern, Säbeln und Lanzen, wie man's in Potsdam alle Tage sehen kann.

„Wert und Qualität“ der Rechtsparteien.

In der Bezirksversammlung Pankow behauptete der Führer der Deutschen Volkspartei, daß die Anhänger der Rechtsparteien, wenn auch an Zahl hier oder da geringer gegenüber den Linksparteien, diese doch stets an Wert und Qualität überragen werden. Derselbe Versammlung hatte kurz darauf ausreichende Gelegenheit, durch den Führer der Deutschen Volkspartei, den Stadtverordneten Faust, eine kleine Anschauungsleistung zu bekommen, was von dieser Behauptung zu halten ist. „Wert und Qualität“ hindere nicht, den einfachsten parlamentarischen Anstandsregeln glatt ins Gesicht zu schlagen. Zunächst wurde unser Genosse Scheidemann mit der nun schon etwas abgegriffenen Möbelangelegenheit angegriffen. Der in seinen heiligsten Gefühlen verletzte Monarchismus versteht es eben nicht, wenn kaiserliche Sessel, man denke, von sozialistischen — — — Häuptern benutzt werden. Diese verbrauchte Proposition hatte nicht den gewünschten Erfolg. So wollte denn der Deutschnationalen seinen „Wert“, seine „Qualität“ in ganz besonderer Form zeigen und leitete über, oder vielmehr wollte überleiten zu den „Fälschungen des verfluchten Juden Eisner“. Jetzt hatte er erreicht, was er bezweckte. In heller Empörung stürzte alles auf die Rechtsparteien, die mit lautem „Bravo“ verurteilten, wie gut sie die Absicht ihres Führers erkannt hatten. Im Wort vorher so stark, entzogen sie sich jetzt schleunigst der Auseinandersetzung, um im Ratstafel — ihren „Wert- und Qualitätsieg“ zu feiern. So mußte die Sitzung vorzeitig abgebrochen werden.

Das „öffentliche Interesse“.

Der geachtete Hotelgast und der Staatsanwalt.

Von vertrauenswürdiger Seite wird uns folgender Fall mitgeteilt:

Beim Kellnerstreik gerät ein Herr, der als Gast ein großes Berliner Hotel ausfüllt und irrtümlich für einen Streikenden gehalten wird, mit einem Angestellten dieses Hotels in Streit und wird von ihm hinausgeworfen, alsbald aber wieder auf Veranlassung dieses Hotelangestellten (Empfangsherrn) von Schupoameinen in die im Hotel stationierte liegende Wache geführt und dort in Gegenwart von 4 Schupoameinen von dem Empfangsherrn gebrüheigt. Auf die Anzeige des Geachteten lehnt der Generalstaatsanwalt beim Landgericht I mangels eines öffentlichen Interesses ein Einschreiten ab, läßt den Verletzten vielmehr des Widerstandes gegen die Beamten an. Der Angeklagte wird vom Schöffengericht Berlin-Mitte, Abt. 134 freigesprochen und der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Dr. Scholz rügt bei der Urteilsverkündung namens des Gerichts das Verhalten des Generalstaatsanwalts, das übrigens trotz Belagerung des Angeklagten vom Generalstaatsanwalt beim Kammergericht gebilligt wird.

Wir müssen das Verhalten der Staatsanwaltschaft als unverständlich bezeichnen. Hier lag ein viel größeres Staatsinteresse an der Aufklärung der Mißhandlung auf der Polizeiwache und an dem mehr oder minder passiven Verhalten der betreffenden Beamten vor, die, obwohl 4 an der Zahl, die Mißhandlung nicht verhindert, als an der Verfolgung des Mißhandelten, der wohl in Vernehmung der Ergebnisse nach seinem Streit mit dem Empfangsherrn mit Recht sich weigerte, den Beamten in das Hotel zu folgen, aus dem er eben herausgeworfen war.

Will der Justizminister nicht dafür sorgen, daß wenigstens in Berlin die leitenden Beamten der Staatsanwaltschaft die Staatsinteressen so wahrnehmen, daß ihre Maßnahmen sich nicht so völlig von dem Geiste eines republikanischen Staatswesens und dem Verstande freibeitlich denkender Bürger entfernen?

Die Preisserhöhung, über die bereits im gestrigen Abendblatt berichtet wurde, soll nach einem gestrigen Beschluß der Ernährungsdeputation bereits mit dem 12. Juni eintreten. Angesichts der Steigerung fast sämtlicher in Betracht kommenden Unkosten schlägt die Ernährungsdeputation dem Magistrat vor, den Preis des Großbrots um 1 M., den Preis der Schrippe um 5 Pf. und den Preis des Rükkenmehls je Pfund um 60 Pf. zu erhöhen.

Sonntagsverkehr der Linie 24 nach Tegell. Zur Erleichterung des Verkehrs nach dem dichtesten Ausflugsort Tegell aus den westlichen Vororten und von Moabit aus über Schönberg, Hauptstraße, Potsdamer Straße, Brandenburger Tor, Alt-Moabit, Matbenower Straße, Berleberger Straße, Heinestraße, Weddingplatz läßt jetzt — wie bereits gemeldet — die Berliner Straßenbahn an den Sonntagen die Linie 24, zunächst verkehrsweise, im 15-Minutenbetrieb statt bis Reinickendorf, Berliner Straße, bis nach Tegell fahren. Fahrplan: Ab Daheim bis Tegell von 7.55 bis 10.10 nachts; ab Tegell bis Daheim von 9.30 bis 9.54 nachts; bis Steglitz, Lichterfelder Chaussee 10.09 bis 10.30 nachts; bis Schönberg, Wäldenstraße 10.54 bis 11.54 nachts. Außerdem verkehren nach Bedarf noch Einschläge 24 B zwischen Alt-Moabit und Weststraße und Tegell.

Das Bureau des Bezirksvorstandes schließt heute, Sonnabend, mittag 1 Uhr. Es bleibt auch am dritten Feiertag geschlossen.

Die juristische Sprechstunde fällt am Sonnabend, den 3. d. M., und am Dienstag, den 6. d. M., aus.

15 Bergarbeiter im Stollen eingeschlossen.

Obwohl auf dem Schacht Amalie der Bergwerksbetrieb Helene Amalie die Bergungsarbeiten mit allen Kräften fortgesetzt werden, sind 15 vermählte Bergleute noch nicht geborgen. Sie liegen in der Hauptförderstrecke auf etwa 900—1000 Meter. Bis diese Strecke für die Förderung wieder brauchbar gemacht ist, dürften 3—4 Wochen vergehen und sie sind, falls sie noch am Leben sind, rettungslos dem Tode verfallen. Am Sonnabend wird der Leiter des Grubensicherheitsamtes im preussischen Handelsministerium auf der Jagd eintreffen. Ferner treffen in den nächsten Tagen Vertreter der Grubensicherheitskommission für den Oberbergamtsbezirk Dortmund zur Teilnahme an der Untersuchung auf der Unfallzelle ein. Die Zahl der Toten beträgt bis jetzt 18.

Aus Anlaß des Unglücks in Blumau hat der Verband der österreichischen Banken dem Bundespräsidenten 30 Millionen Kronen für die eingeleitete Hilfsaktion zur Verfügung gestellt.

Zwei neue deutsche Uebersee-Dampfer. Die Hamburg-Amerika-Linie läßt heute auf der Werft des Bremer Vulkan in Vegesack einen 11.000 Tonnen großen, für Fracht- und Zwischendeckverkehr eingerichteten Dampfer vom Stapel, der den Namen Sackse führen soll. Ministerpräsident Bück wird sich in Begleitung des sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Gradnauer, nach Vegesack begeben, um der Feierlichkeit beizuwohnen. — Auf der Werft von Blohm u. Wöhl in Hamburg ist ein weiterer Neubau der Hamburg-Amerika-Linie vom Stapel gelassen. Das Schiff, das für Passagier- und Frachtfahrt bestimmt ist, erhält den Namen Tanganika. Es ist 137 Meter lang, 18 Meter breit, 9 Meter tief und hat einen Bruttoreaumgehalt von 6100 Register-tonnen, und eine Tragfähigkeit von 7300 Tonnen. Der Dampfer hat Turbinenantrieb mit einer Leistungsfähigkeit von 3700 indizierten Pferdestärken. Seine Durchschnittsgeschwindigkeit beträgt 12 Seemellen. Er verfügt über Passagiereinrichtungen in der 1. Klasse für 80, in der 2. Klasse für 100 und in der 3. Klasse ebenfalls für 100 Fahrgäste.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Recht-Rechts (8. Realschule), Velle-Alliance-Str. 80. Parteioffenen und Fortwärtig-Leiter (siehe am 2. Sonntag) Abends republikanisch, 6. Reiter-Offenen an Blumau, Grimmstr. 7. Recht fleißig für die „Freiheitliche Hilfe“.

Heute, Sonnabend, den 3. Juni:

Jungesestellen. Gruppe Hühnerberg: Abfahrt zur Pfingstwanderung bis 3. Freitag nach dem Schaubelhof. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr Bahnhof Stralau-Kummelsburg (Normaluhr). Nachzügler nachmittags 5 Uhr Abfahrt Götze, Bahnhof nach Wildorf.

Sozialdemokratischer Männerchor Prenzlauer Berg. Am 2. Pfingstfesttag (8. Uhr) im Garten der Brauerei Köhler, Prenzlauer Berg, Frühkonzert. Die Parteioffenen des Abends sind hierzu einzuladen. Karten 3.50 M. 8. bei den Mitgliedern sowie bei den Abteilungsleiterern des Chores zu haben.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Teilnehmer am Jugendtag!

Der Treffpunkt zur Abfahrt ist heute abend pünktlich 1/2 7 Uhr Götze, Bahnhof (Grenzwald-Platz). Wir bitten alle Teilnehmer zur rechten Zeit zu erscheinen.

Aus der Partei.

Ein Bildungstag für Hessen-Nassau.

Unter starker Beteiligung der Genossen aus dem besetzten Gebiet fand im südlichen Volksbildungsheim zu Frankfurt a. M. in der Zeit vom 26. und 28. Mai die Tagung statt. Am ersten Tag gab Genosse Bernstein eine grundlegende Einführung in das 3-tägige Programm, während am zweiten Tag die verschiedenen Gebiete praktischer Bildungsarbeit durchgesprochen wurden. Genosse Weimann sprach über den Aufbau und die Organisation des Bildungswesens, Genosse Dr. Lohmann über „Unsere wissenschaftliche Arbeit“ und Genosse Prohm über „Unsere künstlerischen Aufgaben“. Die Erörterung dieser Fragen vollzog sich im Rahmen eines Kursums von Funktionären der Partei und Leitern der örtlichen Bildungsausschüsse und Parteivereine. Auch der Bezirksvorstand der Partei war durch Genossen Köhler-Frankfurt vertreten. Am dritten Tag wurde eine Konferenz der Bildungs-ausschüsse und Parteivereine abgehalten, in der nach Referaten über „Die Kulturaufgaben der Gemeinden“, „Das Bücherwesen zur Organisation des Bildungswesens“ Stellung genommen wurde. Ueber die Veranstaltung von Kursen und Vorträgen, von künstlerischen Veranstaltungen und den Vertrieb geeigneter Literatur machte der Vorsitzende des Bezirksbildungsausschusses, Genosse Thomas-Frankfurt, eine Reihe von Vorschlägen, die nach reger Diskussion einmütig gutgeheißen wurden. Verbunden war die Tagung mit einem Besuch der Frankfurter Arbeiterakademie sowie einer Ausstellung guter Bücher und Schriften. Die Veranstaltung, die von nachhaltigem Eindruck auf die Teilnehmer war, brachte eine Fülle wertvoller Anregungen und gab den Auftakt zur Durchführung einer intensiven Bildungstätigkeit im gesamten Bezirk.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr im Rathaus, Köpenicker Straße. Festvortrag des Herrn E. Baum: „Der 400. Jahrestag und heute“. Genossenschaft: Biedersee (Wagner), Pappstraße 15, Festvortrag des Herrn Dr. A. Kallenberg: „Christentum und Heidentum“. — Gäste willkommen. Vereinigung der Freunde von Religion und Weltwissen. Genosse Max Herz hält am Pfingstmontag, nachmittags 10 Uhr, in der Trinitatis-Kirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz, eine religiöse Feierstunde ab. Er spricht über das Thema: „Der neue Geist“.

Arbeiter Sport.

Vorschau für die Pfingsttage.

Das Union-Rennen auf der Grunewaldbahn am Pfingstmontag, die bekannte Prüfung der Dreijährigen, wird neben Pferde am Ablauf stattfinden. Als Starter gelten: Abschied (H. Conrad), Abenteuer (Ostfeld), Dabbel (Koller), Ventulus (D. Schmidt), Kaiser (Jenski), Schlingel (Zimmermann), Protos (A. Wenzel). Fußball. Das Reichsdeutsches kommt zu einem Schlußspiel gegen „Hetzha“ am Sonnabend im Kammersportplatz. Die Heinen eine außerordentlich harte Elf, die einen guten Kampf gegen unsere Berliner „Berber“ liefern wird. — Am Pfingstsonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Stadion eines der interessantesten Spiele des Tages statt. Union E. C. C., der Meister der Abteilung B, tritt einer der stärksten Mannschaften der Schweiz, den „Young Fellows“ gegenüber. Pfingst-Rennen in Kerpeln. Das Programm für die Abendenrennen am Pfingstdienstag kann als erstklassig angesehen werden. In den Rennen um den Freihelms-Gewinnpreis über 15 Kilometer und dem Robi-Memorial über 50 Kilometer starten: Gemanow, Weiß, der Sohn des Gemanow und der Schweizer Gemanow. In einem Hegerkampf in 3 Rufen treffen Ritt, Lorenz, Schürmann und der Amerikaner Chandler zusammen. Ein Wollfahnen über 1000 Meter vereinigt 20 Fahrer am Start. Den Schluß bildet ein Wägenfahren. Die Rennen beginnen abends 7 1/2 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die seit 22 Jahren bestehende Firma M. Beller, Holzinger Str. 47, unterhält ein großes Lager in Berlin- und Domtennstr., die zu günstigen Zahlungsbedingungen abgegeben wird. (Siehe das heutige Inserat.)

Dr. J. M. S. Dringoldin
Dr. Minkrowitz
Dringoldin in L. G. m. b. H. vom Jahre 1810
Minkrowitz in L. G. m. b. H. vom Jahre 1810

